

Hagen:

Ein Dorf verändert sich nach 1945

Vertriebene¹ bauen sich eine neue Existenz auf

Von Heinz Busse und Stefan Weigang

An den „Jubiläen“, also 40, 50 und 60 Jahre nach 1945, wurde viel über das Kriegsende, über Flüchtlinge und Vertriebene geschrieben. Zum 70. Jahrestag 2015 setzte eine Flut von Büchern, Ausstellungen und Tagungen, Artikelserien in der Hannoverschen Allgemeinen und anderen Zeitungen und Leseraktionen ein². Über den Neustädter Stadtteil Hagen berichtet Heinz Busse.

Hagen hatte vor dem 2. Weltkrieg etwa 500 Einwohner und 95 Wohngebäude. Die letzten Wohnhäuser mit den Hausnummern 96 und 97 entstanden 1938/39 am Gänseberg auf Erbpachtgrundstücken der ev.-luth. Kirchengemeinde. Etwa 35 Familien lebten ausschließlich von Einnahmen aus der Landwirtschaft. Die Molkerei, eine Suppenwürfelfabrik auf dem Hagener Berg und einige Handwerksbetriebe hatten mehrere Beschäftigte. Der Krieg und seine Folgen veränderten ab 1945 das Bevölkerungsgefüge des Dorfes nachhaltig.

Zuzug von Evakuierten

Die Bombenangriffe auf Hannover führten dazu, dass ab 1943 mehrere Familien nach Hagen kamen. Sie waren in Hannover ausgebombt worden oder gingen davon aus, dass das Leben auf dem Dorf sicherer sei. Die Evakuierungen erfolgten nicht durch behördliche Einweisungen, sondern auf Grund privater Aufnahme durch Verwandte oder Bekannte. So wohnte auch bei uns zeitweise eine Schwägerin meiner Mutter mit ihrem Sohn.

¹ Für alle Menschen aus den Provinzen östlich der Oder/Neisse gilt seit 1952 der Begriff „Vertriebene“. Im Jahre 1951 bildeten Vertriebene und Flüchtlinge 30 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung: www.niedersachsen.de/land_leute/geschichte/geschichte_landes_niedersachsen/von_weimarer_republik_zur_gegenwart/19815.html

² Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung. Hg. von Gerd Steinwascher in Verbindung mit Detlef Schmichen-Ackermann und Karl-Heinz Schneider. Hannover 2010 (= Handbuch zur Geschichte Niedersachsens, Bd. 5). Einen leicht verständlichen Überblick im Radio bietet „1945: Flüchtlinge in Norddeutschland“ des NDR unter www.ndr.de/der_ndr/unternehmen/geschichte/1945-Fluechtlinge-in-Norddeutschland-,fluchtnorddeutschland100.html; siehe auch: Hier-geblieben. Zuwanderung und Integration in Niedersachsen 1945 bis heute, als PDF unter www.nibis.de/nli1/rechtsx/nlpb/pdf/Migration/hier_geblieben_2te_auflage.pdf

Am 3. Oktober 1944 trafen in Hagen die ersten 40 Evakuierten aus dem Rheinland ein. Sie wurden aus dem Bereich nahe der Grenze zu Belgien und Holland vor den alliierten Truppen in Sicherheit gebracht, kamen aus Aachen, Erkelenz und Düren, um einige Orte zu nennen. Die Evakuierungen erfolgten auf behördliche Anordnungen. Der Unterbringung im Dorf gingen Einweisungen voraus. Hitlerjungen holten die Familien mit Handwagen vom Hagener Bahnhof ab und brachten sie zu den aufnehmenden Familien.



Hagener Bahnhof, (c) l.schmiegel auf

[https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Altes_Bahnhofsgeb%C3%A4ude_Hagen_\(Neustadt\)_IMG_6712.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Altes_Bahnhofsgeb%C3%A4ude_Hagen_(Neustadt)_IMG_6712.jpg)

Schwierigkeiten gab es kaum. Die meisten Familien kehrten bereits im zweiten Halbjahr 1945 in ihre Heimat zurück, nur eine Familie wohnte noch bis 1951 in Hagen.

Zuzug von Flüchtlingen vor Kriegsende 1945

Am 15. und 16. März 1945 trafen in Hagen 53 Flüchtlinge aus dem Osten ein und wurden in verschiedene Wohnhäuser eingewiesen. Es waren Familien mit zwei und mehr Kindern, die vor der herannahenden Roten Armee ihre Heimat verlassen hatten. Sie kamen aus Breslau, Schwarzbach, Kroppau, Gnadenfeld und Muskau.

Von diesen Flüchtlingen haben sich später sechs Familien (Amandowitz, Baumann, Becker, Geisler, Hagel, Weidlich) mit insgesamt 20 Kindern für immer in Hagen niedergelassen und zum Teil Eigenheime errichtet.

Zuzug von Vertriebenen nach Kriegsende

In den ersten Monaten nach Kriegsende 1945 kamen vereinzelt Familien, häufig mit drei und mehr Kindern, nach Hagen. Die große Welle der Vertriebenen überrollte 1946 unser Dorf. Allein in den Monaten April bis Juli 1946 mussten mehr als 200 Vertriebene aufgenommen werden. Am 30. April 1946 kamen 60 Personen nach Hagen, im Mai und Juni etwa 100 Personen und im Juli nochmals fast 60 Personen. Hagen hat insgesamt etwa 400 Vertriebene aufgenommen.

Sie kamen aus Schlesien, aus Borkendorf, Hermsdorf, Neualtmannsdorf, Erdmannsdorf, Heinersdorf, Waldenburg, Tillowitz und Seidenberg. Diese Ortsnamen lernten nunmehr auch die Einheimischen kennen.

Die Flüchtlinge und Vertriebenen wurden über den Landkreis Neustadt a. Rhge. der Gemeinde Hagen zugewiesen und überwiegend mit LKW ins Dorf gebracht. Die Einweisung musste der Bürgermeister vornehmen. Bis Kriegsende war dies Heinrich Hahn, etwa ab Mitte Mai 1945 der vom britischen Kreiskommandanten eingesetzte Elektromeister Albrecht Seebeck. In der alten Pfarrscheune gab es eine Sammelunterkunft. Das Gebäude diente bereits im Krieg als Unterkunft für französische Kriegsgefangenen, die tagsüber auf den Bauernhöfen arbeiten mussten.



Die frühere Pfarrscheune im Jahre 2017 (Foto: Weigang)

Innerhalb weniger Tage wurden die ankommenden Vertriebenen innerhalb des Dorfes verteilt und in ihre Unterkünfte eingewiesen. Das war oft nur ein Raum, in dem eine ganze Familie mit Kindern leben musste.

Räume des Hausbesitzers, wie zum Beispiel Küche, Waschküche, Toilette usw. mussten in vielen Fällen mitbenutzt werden. Es wurden provisorische Schornsteine errichtet, indem man einfach Schornsteinrohre durch die Wände nach außen legte.

Einheimische und Vertriebene, erste Integrationserfolge

Die beengten Wohnverhältnisse führten häufig zu Spannungen zwischen den Vertriebenen und den Hausbesitzern. Viele Vertriebene hielten sich für abgelehnt. Es ist mir aber nicht bekannt, dass es in den Wohnungen zu Auseinandersetzungen kam.

Die einheimische Bevölkerung stand den Vertriebenen nicht immer freundlich gegenüber. Sie bezweifelten zum Beispiel die Angaben über die Verhältnisse in ihren Heimatorten. Dass bäuerliche Betriebe in Schlesien den einheimischen Betrieben in vielen Bereichen überlegen waren, konnte sich kaum jemand vorstellen.

Ein besonderes Problem war für die Einheimischen die Religionszugehörigkeit der Vertriebenen. Viele gehörten der römisch-katholischen Kirche an³. Bis 1945 gehörten in Hagen fast alle Einwohner der evangelisch-lutherischen Kirche an.



Evangelische Kirche in Hagen (Foto: Weigang)

³ Oberschlesier waren mehrheitlich katholisch, Niederschlesier protestantisch.

Für Gottesdienste der katholischen Vertriebenen gab es keine kirchlichen Einrichtungen. Deshalb stellte die evangelische Kirchengemeinde in Hagen ihre Kirche zur Verfügung.

Der erste evangelische Pastor nach dem Krieg in Hagen war ebenfalls ein Vertriebener. Bis Kriegsende war offiziell Hans von Jan offiziell der Pastor, galt aber als im Osten vermisst. Pastor Oskar Schattat wurde der Kirchengemeinde ab 8.11.1945 zugewiesen. Er war Flüchtling aus Danzig (2 Söhne gefallen, 2 Töchter Krankenschwester) und blieb bis April 1949 in Hagen.

Ich kann mich daran erinnern, dass ich als 13jähriger Junge aus Neugier an einem katholischen Gottesdienst in der Kirche teilgenommen habe. Viele zeremoniellen Handlungen waren für mich fremd, die Bekreuzigung, das Niederknien, der Weihrauch. Meine Mutter hatte mich ermahnt, mich völlig ruhig zu verhalten und auf keinen Fall einen Laut von mir zu geben oder leise zu kichern, weil die „fremden Christen“ böse werden könnten.

Kinder

Wir hatten mit den Kindern der Vertriebenen keinerlei Probleme. Ich selbst freundete mich mit dem aus Breslau stammenden Günter Becker (*1930) und dem aus Seidenberg stammenden Klaus Zimpel (*1934) an. Klaus Zimpel hat mir später oft erzählt, wie wir uns kennen gelernt haben. Bei der ersten Begegnung hätte ich ihn in plattdeutsch gefragt: „kannst du fautball speelen?“. Diese Freundschaften haben bis zum frühen Tod der beiden bestanden. Mit Günter Becker habe ich meine ersten Urlaubsreisen in den fünfziger Jahren unternommen. Auch in meine Klasse der Mittelschule kamen ab 1946 viele Kinder von Vertriebenen hinzu. Im Schuljahr 1946/47 waren 45 Kinder und im Schuljahr 1947/48 40 Kinder in unserer Klasse, davon 11 Kinder aus vertriebenen Familien.

Es bestand immer ein guter Zusammenhalt unter uns Schülern. Ich freundete mich mit Georg Kaluza, dem Sohn einer Familie aus Glatz an, dessen Vater im Krieg gefallen war. Diese Freundschaft besteht noch heute. Während meiner ganzen Schulzeit wurde nur ein einziger Schüler nicht versetzt. Diese Entscheidung traf 1948 ausgerechnet den Sohn einer vertriebenen Familie, der offensichtlich noch unter Vertreibungsfolgen litt.

Versorgung

Die Versorgung der Vertriebenen war problematisch. Die Einheimischen waren nicht immer bereit, den Vertriebenen von ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen etwas abzugeben und

verwiesen häufig auf ihr Ablieferungssoll. Es begann die Zeit des „Stoppelns“, so nannte man das Absuchen der abgeernteten Felder nach Kartoffeln und Kornähren. Die gefundenen Kartoffeln oder Ähren waren für viele Familien eine große Hilfe.

Wohnen

Vertriebene, die auf Hofstellen untergebracht waren, wurden von den Landwirten zur Arbeit in Ställen und bei der Feldarbeit herangezogen. Für die Mütter war dies oft schwierig, da sie wegen der kriegsbedingten Abwesenheit der Ehemänner allein für ihre Kinder sorgen mussten. Es kam auch vor, dass Helferinnen und Helfer ausgenutzt und nicht gerecht entlohnt wurden. Viele Vertriebene bevorzugten es, anstatt in Räumen fremder Menschen zu wohnen, in Gebäuden zu leben, die keine Abhängigkeiten nach sich zogen.

Als die Gemeinde Hagen auf einem Grundstück östlich der heutigen Perlstraße Behelfsheime und zusätzlich eine Baracke errichtete, waren alle Wohnungen, sofort belegt, vorwiegend durch Familien mit Kindern. Der Wohnplatz erhielt schnell den Namen „Klein-Korea“. Wie dieser Name entstand, ist mir nicht mehr bekannt. Die Familien, besonders die vielen Kinder, fühlten sich relativ wohl in dieser Umgebung.

Ähnlich war es bei der Umnutzung der ehemaligen Pfarrscheune. Als sie nicht mehr als Auffanglager benötigt wurde, entstanden durch Umbauten kleinere Wohneinheiten. Sie waren bei den Vertriebenen sehr begehrt.

Ich hatte immer einen relativ guten Einblick in die Wohnverhältnisse der Vertriebenen. Nach dem Krieg bis 1950 war ich Zeitungsjunge in Hagen und lernte bei der Zustellung der Zeitung viele Familien kennen und auch, wie sie wohnten. Das Zeitungsgeld kassierte ich monatlich. Von vielen Vertriebenen erhielt ich dabei ein kleines Trinkgeld, obwohl es ihnen wirtschaftlich nicht gut ging.

Die „Leine-Zeitung“ berichtete am 11. Juli 1950 folgendes:

„Flüchtlingsbetreuer Amandowitz teilte unserem Berichterstatter mit, dass in der hiesigen Gemeinde noch 35 Flüchtlingsfamilien in unzureichenden Wohnverhältnissen leben. Die Flüchtlinge appellieren daher an die einheimische Bevölkerung zur Lösung des Wohnungsproblems beizutragen und nur in wirklich dringenden Fällen Antrag auf Zimmerfreigabe zu stellen.“

Damit war gemeint, dass Hauseigentümer sich von einer Einweisung „freikaufen“ konnten, indem sie Geld an die Gemeinde für neue Sammelunterkünfte zahlten oder auf ihrem Grundstück wohnungsgleiche Unterkünfte erstellten.

Die „Schlacht auf dem Gänseberg“

1950 richtete der Landkreis Neustadt a. Rbge. in dem Gebäude der früheren Krabu-Fabrik auf dem Hager Berg ein Altersheim ein. Die dort wohnenden Familien wurden anderweitig untergebracht. Die Gemeinde Hagen erwarb eine Baracke aus britischen Wehrmachtsbestän-

Wohnungselend vor Gericht

Geldstrafe statt Gefängnis für die „Schlacht am Gänseberg“

Hagen. Die „Schlacht am Gänseberg“ hat der Volksmund jene Ereignisse genannt, die sich vor Monaten in Hagen abspielten. Dieser Name klingt scherzhaft, aber das, was er bezeichnet, ist doch eine sehr ernste Angelegenheit. Es ist ein Geschehnis, das leider nur zu oft seinesgleichen gefunden hat. In einem engen Raum — vielleicht sechs Quadratmeter groß — mußte eine Flüchtlingsfamilie zusammen hausen. Vier lange Jahre wartete sie darauf, aus der Enge befreit zu werden. Die Verbitterung, die schon eine Folge der Vertreibung aus der Heimat war, steigerte sich noch. Eine erklärliche Reaktion.

Die Flüchtlingsfamilie und auch der Schwager der Frau, Hagens ehemaliger Flüchtlingsbetreuer, gingen zur Gemeinde und wandten sich an die Kreiswohnungsbehörde: „Wir haben mehrfach unser Anliegen beim Kreiswohnungsamt vorgebracht, aber es ist immer die alte Leier geblieben.“ In einigen Fällen waren andere Wohnungen zugewiesen worden. Sie wurden aber von der Familie nicht bezogen; entweder, weil inzwischen eine andere Entscheidung gefällt war oder, weil die Familie nicht „vom Regen in die Traufe“ kommen wollte. Die Sache endete, wie so viele Wohnungsstreitigkeiten heute, vor dem Richter. Wegen Beamtennötigung und Beleidigung wurden die Frau Freitag und der Flüchtlingsbetreuer vor einiger Zeit vom Neustädter Schöffengericht zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Ueber den Einspruch gegen dieses Urteil verhandelte jetzt in Neustadt das Landgericht Hannover. Und noch einmal sprach man stundenlang über die Vorgänge, die zum Urteilsspruch des Neustädter Schöffengerichtes geführt hatten.

Für die ehemaligen Flüchtlingsbewohner des neuen Altersheimes in Hagen hatte der Kreis auf dem Hager „Gänseberg“ eine Baracke aufstellen lassen. Ueber die eine der dort errichteten Wohnungen durfte die Gemeinde bzw. die Wohnungsbehörde frei verfügen. Die Flüchtlingsfamilie machte ihren Anspruch geltend. Doch als das Wohnungsamt die gewünschte Wohnung einer anderen Familie zugesprochen hatte, schritt man zur Selbsthilfe. Mit der Einräumung ihrer Möbel ergriffen sie von der Wohnung Besitz. Nicht zuletzt waren sie in ihrem Vorhaben durch einen wohl gut gemeinten, aber doch sehr unbedachten Ausspruch des Gemeindevorstehers bestärkt wor-

den: „Frau F., weinen Sie nicht, sondern handeln Sie.“

Wie immer in solchen Fällen, wo unbefugt Wohnräume besetzt werden, schritt das Kreiswohnungsamt ein und ordnete schließlich Zwangsräumung an. Frau F. — der Mann war an dem Tage nicht anwesend — sträubte sich dagegen. Der Schwager stand ihr zur Seite. Wie gesagt — eine zu verstehende Reaktion, aber beide verließen in Worten und Taten die erlaubte Form und mußten sich deshalb vor dem Richter verantworten.

Schon in der Gemeindeverwaltung soll die Geschichte angefangen haben, als sich Frau F. — nach den Aussagen eines Kreisangestellten — in ihrer Erregung vor die Tür stellte, um den Ausgang zu verwehren. Später fielen nach den Zeugnisaussagen scharfe und beleidigende Worte: „Ich will Sie nicht mehr sehen, wenn ich Sie sehe, muß ich brechen!“ Und noch andere Dinge mehr ereigneten sich. Weiter machte man den Angehörigen einer Wohnungskommission in einem anderen Zusammenhang den Vorwurf, bei einem Bauern Beköstigung gefordert zu haben. Dieser Vorwurf konnte jedoch nicht bewiesen werden. Im übrigen gab das Wohnungsamt auch eine Erklärung dafür, weshalb Wohnungszuweisungen für die Familie wieder rückgängig gemacht wurden.

Nachdem der Vertreter der Anklage die Verwerfung des Einspruchs gefordert hatte, weil er bei den Angeklagten die genügende Einsicht für ihr Unrecht vermisse, sah die Strafkammer des Landgerichtes das Vergehen doch milder an, als es seinerzeit das Schöffengericht getan hatte. Es erkannte an, was es bedeutet, wenn man jahrelang unter schlechten Wohnungsverhältnissen leiden muß. Besonders die Schuld der Frau wurde als leichter bewertet. Während der Angeklagte A. — wie es in der Urteilsbegründung hieß — es doch wohl an der nötigen Objektivität fehlen ließ, die man von ihm hätte erwarten müssen. Andererseits wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Beamten und Angestellten der Wohnungsbehörde zu schützen, damit sie ihre an sich schon schwierigen Aufgaben erfüllen können. Frau F. wurde wegen Beamtennötigung in Tateinheit mit Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe und der Schwager wegen Beleidigung in zwei Fällen zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

den und errichtete sie auf dem Gänseberg. Bei der Belegung dieser Baracke kam es im September 1950 zu einem Eklat, der als **„Schlacht auf dem Gänseberg“** vor den Gerichten endete. Die „Leine-Zeitung“ berichtete wiederholt über die Verhandlungen vor Gericht, zuletzt am 24. Juli 1951:

Der Kreistag berief Albert Amandowitz nach seiner Bestrafung vom Amt als Flüchtlingsbetreuer ab.

Schlichtungsstelle für Wohnungswesen beim Landkreis Neustadt a. Rbge.

Die vorstehenden Schilderungen von Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen in Hagen waren keine Einzelfälle. Um die Gerichte von Klagen zu entlasten, wurden bei den Landkreisen Schlichtungsstellen für Wohnungssachen eingerichtet. Sie bestanden aus einem Juristen als Vorsitzenden und zwei Beisitzern, von denen je einer aus dem Kreis der Einheimischen und dem Kreis der Vertriebenen kam.

Die Schlichtungsstelle entschied auch über mehrere Fälle aus Hagen. Hier ein Einzelfall⁴:

Die Familie eines Hausbesitzers besteht 1948/49 aus 4 Personen und lebt in dem 66 qm großen Erdgeschoss. Im Dachgeschoss des Hauses wohnen in einem 15 qm großen Raum eine 3-köpfige Familie und in einem 14 qm großen Raum eine 4-köpfige Familie. Im Dachgeschoss befindet sich noch eine vom Hausbesitzer benutzte Dachkammer von 6 qm. Die beiden eingewiesenen Familien möchten diesen Raum für ihre Zwecke nutzen. Das Wohnungsamt entscheidet zugunsten der beiden Familien und requiriert den Raum. Der Hausbesitzer macht geltend, dass er den Raum für die Lagerung von landwirtschaftlichen Artikeln benötige und beantragt unter anwaltlicher Hilfe die Entscheidung der Schlichtungsstelle für Wohnungssachen.

Die Schlichtungsstelle und die auch angerufene Spruchstelle für Wohnungssachen bei der Bezirksregierung Hannover lehnen den Antrag des

⁴ Regionsarchiv Neustadt a. Rbge. Nr. 1828, Hagen

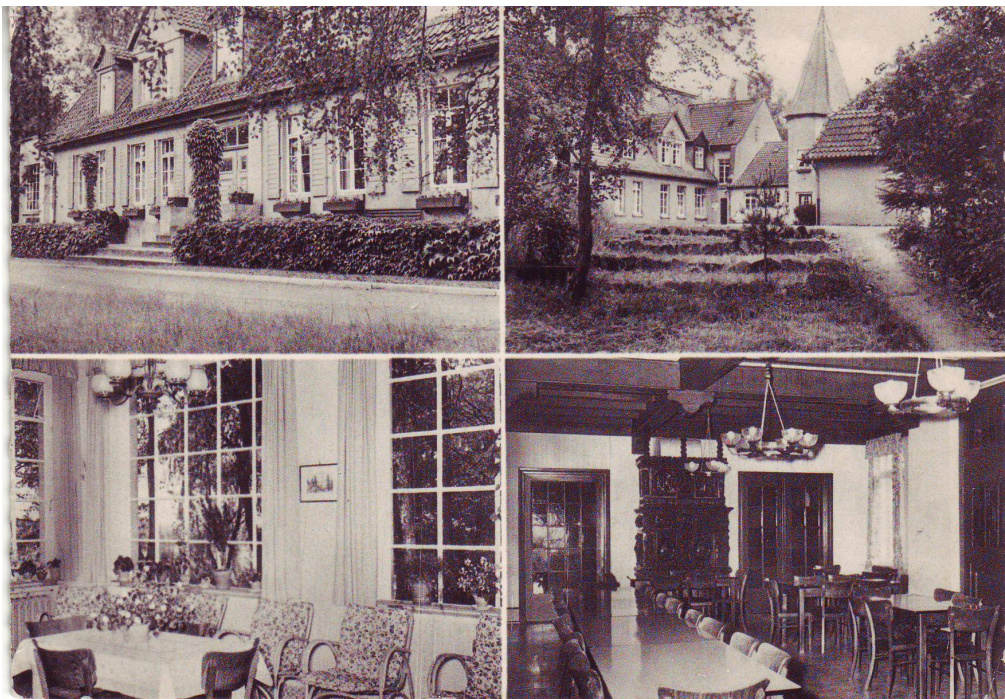
Hausbesitzers ab. Das gesamte Verfahren erstreckte sich über einen Zeitraum von 6 Monaten.

Schwerwiegender als die förmliche Entscheidung waren die Folgen für die zwischenmenschlichen Beziehungen der Familien, die gezwungen waren, täglich unter einem Dach zu leben. Vielfach wurde dann ein Wohnungstausch angestrebt, der jedoch auf Grund der örtlichen Gegebenheiten schwierig war.

Die ersten Kommunalwahlen nach dem Krieg fand am 13. Oktober 1946 statt. Erst danach, also als die Vertriebenenwelle längst in den Dörfern untergebracht war, wurden Wohnungsausschüsse in den Gemeinden gebildet und Flüchtlingsbetreuer und Stellvertreter berufen. Sie setzten sich sehr für die Vertriebenen ein.

Örtliche Besonderheiten in Hagen

1950 richtete der Landkreis Neustadt a. Rbge. ein Altersheim am Hagener Berg. Vor allem ältere Menschen aus vertriebenen Familien wurden aufgenommen, erst Ende der 50er Jahre auch einheimische Senioren. Das waren in der Regel Männer, die ihr Leben lang als Knecht in landwirtschaftlichen Betrieben gearbeitet hatten. Dass Oma oder Opa aus ansässigen Familien in Hagen in ein Altersheim gingen, kannte man damals noch nicht.



Ansichtskarte vom Altersheim am Hagener Berg / Das Gebäude im Jahre 2017 (Foto Weingang)



Das Gebäude in 2017 (Foto Weigangh)

Die im Altersheim verstorbenen Bewohner wurden in Hagen beerdigt. Dies führte Mitte der 50er Jahre zu einem Engpass auf dem dörflichen Friedhof an der Kirche. Die Gemeinde errichtete deshalb eine neue Anlage außerhalb des Dorfes als Waldfriedhof ein. Bis zur Auflösung des Altersheimes im Jahre 1977 wurden etwa 50 vertriebene Altersheimbewohner hier beerdigt. Ihre Gräber wurden inzwischen alle eingeebnet.

Eine besondere Gruppe von Vertriebenen in unserem Dorf waren die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen. Es waren alleinstehende Männer, die nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten oder wollten, und hier in landwirtschaftlichen Betrieben tätig waren. Einige von ihnen kamen mit Hagener Soldaten zusammen nach Hagen. In städtischen Bereichen trat diese Gruppe kaum in Erscheinung. Auch mein Vater, der im Mai 1948 aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurde, brachte seine Kameraden Werner Schrödter (*1920) mit nach Hagen, dessen Heimat in der sowjetischen Besatzungszone lag. Er blieb einige Monate bei uns und erhielt später einen Arbeitsplatz in Wunstorf.

Auf den Hofstellen Hagen Nr. 2, 3, 4, 6, 8, 13, 14, 15, 16 und 19 waren ehemalige Wehrmachtsangehörige beschäftigt. Es war überwiegend diese Gruppe von Vertriebenen, die 1946 zusammen mit dem aus Breslau stammenden Gerhard Kanitz den ersten Hagener Sportverein

„Hertha BSC Hagen“ nach dem Krieg gründete. Das nachstehende Foto der Hagerer Fußballmannschaft aus dem Jahr 1949 zeigt deutlich den großen Anteil der zugewanderten Einwohner.

1. Mannschaft Hertha BSC Hagen 1948/1949



Obere Reihe von links:
Gerhard Cieslak / Pommern
Hans Tech / Schlesien
Paul Nottka / Schlesien
Horst Vogt / Schlesien
Helmut Herda / Schlesien

Mittlere Reihe von links:
Horst Heidorn / Hagen
Erich Haase / Schlesien
Konrad Haase / Schlesien

Untere Reihe von links:
Gerhard Stäbler / Schlesien
Herbert Weidemann / Hagen
Friedrich Brase / Hagen

Zum Stamm der Mannschaft gehörten außerdem:
Horst Schöning, Anton Kunz, Günter Grube, Gregor Märtens, alle Schlesien und Walter Trepte / Sachsen.

Einige dieser Spieler arbeiteten nach der Entlassung aus der Gefangenschaft bei den britischen Streitkräften (erst GCLO, später GSO / German Service Organisation) auf dem Fliegerhorst Wunstorf, besonders im Zeitraum der „Berliner Luftbrücke“.⁵ Paul Nottka, Walter Trepte, Erich und Konrad Haase heirateten Mädchen aus Hagen.

Konfliktreich waren immer wieder Verbindungen von Kindern von Vertriebenen mit Kindern von Einheimischen, wenn sich eine Verlobung oder Eheschließung anbahnte, besonders wenn die beiden unterschiedlichen Kirchen angehörten. Hieran zerbrachen manchmal Familien oder die Ehe wurde von einer Enterbung begleitet. Aus Hagen sind derartige Fälle nicht bekannt.

Bereits im Mai 1946 heiratete der Sparkassenangestellte Friedrich Schlüterbusch die aus Sachsen stammende Ingrid Nemitz. Sie feierten 2011 das Fest der Eisernen Hochzeit.

⁵ Berlin-Blockade 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949, die Luftbrücke wurde offiziell am 30. September 1949 beendet.

Die Bevölkerung war im November 1946 zwar überrascht, als der aus dem Sudetenland stammende Student Alfred Becke die einzige Tochter Erika des Bauern Heinrich Thiemann heiratete und nunmehr ein Bauer wurde. Aber das halbe Dorf feierte diese Hochzeit mit und akzeptierte diese Verbindung. Das Ehepaar Becke feierte 2006 seine Diamantene Hochzeit.

Mit der Zeit verschwanden Ausdrücke wie „armes Flüchtlingsmädchen“ oder „armer Flüchtlingsjunge“ im Zusammenhang mit Eheschließungen. Durch harte Arbeit erwarben sich die Vertriebenen auch im Dorf Anerkennung.

Die Hagener Volksschule

Bis zum Kriegsende 1945 war Johann Stegmann (*1903) Lehrer an der Volksschule in Hagen. Er wurde wegen seiner NSDAP-Angehörigkeit (kein strammer Genosse) suspendiert. Nach seiner Entnazifizierung konnte er den Dienst wegen einer fortgeschrittenen MS-Krankheit nicht wieder aufnehmen.



Die alte Schule in Hagen (Foto Weigang)

Im Spätsommer 1945 ordnete die Bezirksregierung Hildesheim den aus Niederschlesien stammenden 40jährigen Lehrer Werner Heinrich nach Hagen ab. Heinrich war auf Grund einer Kriegsbeschädigung am rechten Arm behindert. Die Volksschule nahm unter seiner Leitung ihren Betrieb wieder auf. Anfangs waren nur wenige Kinder von Flüchtlingsfamilien in der Schule. Das änderte sich ab April 1946, als die große Menge der Vertriebenen nach Hagen kam.

In der Schule bestand ein guter Zusammenhalt zwischen den einheimischen Kindern und Kindern aus den Familien der Vertriebenen. Ob evangelisch oder katholisch – für die Kinder hatte das kaum eine Bedeutung.

Viele einheimische Kinder sprachen im täglichen Umgang plattdeutsch. Nicht wenige der zugezogenen Kinder erlernten die plattdeutsche Sprache und unterschieden sich Jahre später in dieser Hinsicht nicht von den Einheimischen. Gern hörte man in der Schule, wenn ein Schüler die auch Lehrer Heinrich bekannte schlesische Mundart vortrug.



Oberstufe der Volksschule Hagen 1948

Obere Reihe: Siegfried Krönke, Fritz Habermann, Hans Geisler, Heinrich Mahlendorf, Siegfried Schmidt, Gerd Schwentker, Wilhelm Habermann, Fritz Hahn

3. Reihe: Elfriede Brachmann, Ilse Böttcher, August Busse, Günter Gudat, Günter Jeschke, Günter Krägel, Erwin Baumann, Hermann Koch, Klaus Krause, Hannelore Samuel

2. Reihe: Erika Voß, Lina Heine, Margarete Böttcher, Karla Hogrefe, Grete Sempert, Christa Einspenner, Inge Becker, Gertrud Homeyer, Gerda Hauke, Waltraud Ahrens
1. Reihe: Hannelore Ferlemann, Eva Krusch, Helga Dziony, Renate Nönneke, Ellinor Helwig, Elsbeth Habermann, Sigrid Proske, Lisa Behrens, Sigrid Zimpel

Lehrer Werner Heinrich

Lehrerin Charlotte Neumann

Das Foto zeigt 37 Kinder der Jahrgänge 1934 bis 1937 aus Hagen. Es ist ein Spiegelbild der Schulklassen am Ende der 1940er Jahre: 21 Kindern stammen aus einheimischen Familien, 17 Kinder aus Familien von Vertriebenen.

Vertriebene stellen sich auf einen dauerhaften Aufenthalt ein

Bereits Ende der 40er Jahre erkannten viele Vertriebene, dass eine Rückkehr in ihre ostdeutsche Heimat auf Dauer nicht mehr möglich sein würde. Sie begannen sich für die Politik in der Gemeinde zu interessieren, um gemeinsam mit den Einheimischen die Entwicklung des Dorfes zu gestalten.

Bei den Kommunalwahlen im November 1948 kandidierten in Hagen erstmals Vertriebene für den Gemeinderat und für den Kreistag. Die Partei „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), später „Gesamtdeutscher Block / BHE“⁶, bestand noch nicht. Sie wurde erst später auch in Hagen aktiv.

Für die Wahl des Kreistages standen Amtsgerichtsrat Reinhold Frischmann für die SPD und als Parteiloser der Handelsvertreter Alfred Ebersbach, beide vertrieben aus Schlesien, auf den Stimmzetteln. Ein Mandat errangen sie nicht.

In den Gemeinderat wurden außer sechs Einheimischen die aus Schlesien stammenden Albert Amandowitz, Reinhold Frischmann, Richard Hanowsky, Paul Krensel und Frau Elfriede Dziuk gewählt. Der Gemeinderat wählte im Januar 1950 Reinhold Frischmann zum stellvertretenden Bürgermeister, ein Zeichen der guten Zusammenarbeit.

Wie die Integration der Vertriebenen sich in Hagen durch eheliche Verbindungen fortsetzte, kann man am besten anhand der alten Hausnummern erkennen. Nachstehend eine Auflistung:

⁶ Existierte 1950 bis 1961, siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen_und_Entrechteten, abgerufen 1.11.2017

Vertriebene als Ehegatten in Hof- und Hausstellen („Einheirat“)

Nr. 3:	Ehemann aus Ostpreußen	- 2 Kinder -	Föge/Jonas
Nr. 8:	Ehemann aus dem Sudetenland	- 2 Kinder -	Thiemann/Becke
Nr. 9:	Ehefrau aus Schlesien	- 3 Kinder -	Hahn/Linz
Nr. 20:	Ehemann aus Schlesien	- 1 Kind -	Jürgens/Zimpel
Nr. 23:	Ehefrau aus Schlesien	- 1 Kind -	Habermann/Helberg
Nr. 32:	Ehemann aus Schlesien	- 1 Kind -	Koch/Hannawald
Nr. 33:	Ehemann aus Schlesien	- 1 Kind -	Kehrbach/Heimann
Nr. 37:	Ehefrau aus Schlesien	- 2 Kinder-	Koch/Kuppe
Nr. 40:	Ehemann aus Danzig	- 3 Kinder -	Duensing/Itrich
Nr. 44:	Ehefrau aus Schlesien	- 2 Kinder -	Busse/Hagel
Nr. 49:	Ehefrau aus Schlesien	- 2 Kinder -	Behre/Gröschel
Nr. 64:	Ehemann aus Sachsen	- 5 Kinder -	Ahrens/Schöbel
Nr. 66:	Ehefrau aus Schlesien	- 3 Kinder -	Habermann/Becker
Nr. 90:	Ehemann aus Sachsen	- 2 Kinder -	Schacht/Schöne
Nr. 95:	Ehemann aus Breslau	- 3 Kinder -	Giesemann/Becker

Vertriebene als Ehegatten von Geschwistern aus den Hof- und Hausstellen

Nr. 4:	1. Tochter	Ehemann aus Sachsen	- 2 Kinder -	Voß/Trepte
	2. Tochter	Ehemann aus Schlesien	- 3 Kinder-	Voß/Steinert
Nr. 7:	Tochter	Ehemann aus Schlesien	- 1 Kind -	Habermann/Weidlich
Nr. 28:	2. Sohn	Ehefrau aus Schlesien	- 2 Kinder-	Kahle/Menzel
Nr. 44:	2. Sohn	Ehefrau aus Schlesien	- 3 Kinder -	Busse/Bräuer
Nr. 56:	Tochter	Ehemann aus Danzig	- 1 Kind -	Nädler/Ittrich
Nr. 79:	1. Tochter	Ehemann aus Schlesien	- 2 Kinder -	Samuel/Weist
	2. Tochter	Ehemann aus Schlesien	- 2 Kinder -	Samuel/Fischer
Nr. 80:	2. Tochter	Ehemann aus Pommern	- 5 Kinder -	Giesemann/Buse
Nr. 89:	2. Tochter	Ehemann aus Sachsen	- 2 Kinder -	Seebeck/Kaufmann
Nr. 116	Tochter	Ehemann aus Schlesien	- 3 Kinder -	Böttcher/Hauke

Vertriebene bauen Eigenheim

Nachdem viele Vertriebene in das Erwerbsleben eingegliedert waren, begannen Anfang der 50er Jahre die ersten Familien damit, sich in Hagen ein eigenes Haus zu bauen. Die Gemeinde hatte dafür Bauplätze ausgewiesen.

Die Bautätigkeit verstärkte sich, nach dem am 14. August 1952 das Gesetz über den Lastenausgleich⁷ in Kraft getreten war. Es sah u. a. finanzielle Hilfen zur Förderung der Eingliederung von Vertriebenen vor.

In den 1960er Jahren erreichten die Barackenräumprogramme auch das Dorf Hagen. Mehrere Bewohner der Baracken im Bereich Perlstraße zogen Ende der 1950er Jahre / Anfang der 1960er Jahre in massive Wohngebäude um. Etwa 1962 überlegte die Gemeinde, zwei Mietwohnhäuser mit Mitteln aus dem Barackenräumprogramme zu bauen. Sie lehnte das Angebot eines privaten Gewerbetreibenden ab, als Bauträger einzutreten.



Mietwohnhäuser an der Perlstraße in 2017 (Foto Weigang)

So entstanden zwei Mietwohnhäuser der Gemeinde mit je vier Wohnungen. Sie wurden ausschließlich an Familien von Vertriebenen vermietet und waren sehr begehrt.

Noch heute wohnen mehrere der Erstmieter bzw. ihre Kinder oder Enkel in den Häusern. Die meisten Wohnungen sind heute Eigentumswohnungen der Bewohner.

⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz>; Vorläufer war das Soforthilfegesetz von 1949

Eine andere gesetzliche Vorschrift hatte großen Einfluss auf die beginnende Bautätigkeit. Es waren die Regelungen zum Bau von landwirtschaftlichen Nebenerwerbssiedlungen. Viele Vertriebene hatten in ihrer Heimat Bauernhöfe oder Eigentum mit Gärten oder landwirtschaftlichen Flächen besessen. Für diesen Personenkreis waren die landwirtschaftlichen Nebenerwerbssiedlungen eine gute Grundlage, neben der Erwerbstätigkeit sich in kleinem Rahmen landwirtschaftlich zu betätigen. Die Nebenerwerbssiedlungen erforderten einen Grundbesitz von mindestens 1.200 qm Größe sowie ein Stallgebäude für die Haltung von Schweinen, Ziegen und Hühnern, damit die Bewohner sich zum Teil auch selbst versorgen konnten. Eine Einliegerwohnung im Dachgeschoss des Einfamilienhauses war Standard, damit man evtl. auch Mieteinnahmen hatte.

Es begann die Zeit der „Nachbarschaftshilfen“ bei der Errichtung von Eigenheimen. Arbeitskollegen, Freunde und Nachbarn halfen beim Bau der Häuser, in der Regel unentgeltlich, auch vielfach auf Gegenseitigkeit. Häufig wurde auch an Sonntagen mit einer „Sonntagsgenehmigung“ bis mittags am Bau gearbeitet.

Es gab in Hagen beim Bau von Eigenheimen durch Vertriebene eine Besonderheit. Unser Nachbardorf Dudensen wollte oder konnte kein Bauland für die Ansiedlung der Vertriebenen bereitstellen. Dies führte dazu, dass neun Familien aus Dudensen ein Grundstück in Hagen erwarben und hier bauten.

Nachstehend eine Auflistung der Wohngebäude, die Vertriebene in Hagen errichten:

Wohngebäude von Vertriebenen und ihre Herkunft

<u>Haus-Nr.</u>	<u>Baujahr</u>	<u>Name</u>	<u>Herkunft</u>
108	1952/53	Dietrich	Danzig
111	1954/55	Ittrich	Danzig
116	1957	Hauke	Schlesien
125	1959/60	Steinert	Schlesien
126	1960	Weidlich	Schlesien
129	1960/61	Fritsch	Schlesien
130	1960/61	Tilch	Schlesien
131	1960/61	Wanzke	Schlesien

132	1960/61	Trepte	Sachsen
134	1961/62	Stenzel	Schlesien
138	1962	Fischer	Schlesien
139	1961/62	Lange	Ostpreußen/Schlesien
142	1963/64	Schumann	Schlesien
143	1964	Rode	Schlesien
144	1965/66	Gawron	Schlesien
148	1965/66	Herda	Schlesien
149	1965/66	Richert	Schlesien
151	1966/67	Fischer	Schlesien
152	1974	Jarzembowski	Ostpreußen
154	1974	Ronkel	Schlesien
156	1974	Amandowitz	Schlesien
157	1974	Freitag	Schlesien
167	1968	Rode	Schlesien
172	1970/71	Totzke	Schlesien
174	1969/70	Hauke	Schlesien
175	1972	Hauke	Schlesien
176	1971/72	Fischer	Schlesien
183	1974	Matschurek	Schlesien
196	1976/77	Ungelenk	Schlesien

Eingliederung von beamteten Vertriebenen

Es gab unter den Vertriebenen auch viele Personen, hauptsächlich Männer, die in ihrer Heimat im öffentlichen Dienst tätig waren. Für sie war es anfänglich sehr schwierig, eine entsprechende Tätigkeit in der Verwaltung zu erhalten. Sie mussten in andere, auch in handwerkliche Berufe ausweichen, um einen Arbeitsplatz zu erhalten.

Die Lage für diese Personengruppe verbesserte sich erst Anfang der 50er Jahre, als am 10. April 1951 das **Gesetz zur Regelung der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen** beschlossen wurde. Als dann ein Jahr später das Lastenausgleichsgesetz in Kraft trat und Lastenausgleichsämter bei den Landkreisen eingerichtet wurden, boten sich den Bediensteten bessere Anstellungsmöglichkeiten.

Im Lastenausgleichsamt des Landkreises Neustadt arbeiteten fast ausschließlich Vertriebene, die in ihrer Heimat bereits im öffentlichen Dienst tätig waren. Einen Anteil an diesen Besetzungen hatten auch die Kreistagsabgeordneten des BHE. Sie drängten immer wieder darauf, dass Vertriebene als öffentliche Bedienstete eingestellt wurden.

Die unter den Artikel 131 Grundgesetz fallenden Beamten wurden zunächst überwiegend als Angestellte eingestellt und führten ihre alte Amtsbezeichnung mit dem Zusatz zWV, z.B. Kreisinspektor zur Wiederverwendung.

Erst nach und nach wurden sie vom Landkreis in das Beamtenverhältnis berufen. Sie hatten auf Grund einer Quotenregelung gegenüber anderen Bewerbern Vorrang. Dies hat sich damals für mich persönlich negativ ausgewirkt.

Nachdem ich im April 1958 mit einem guten Ergebnis die Inspektorenprüfung bestanden hatte, hoffte ich auf eine zeitnahe Berufung in das Beamtenverhältnis. Ich musste zwei Jahre bis zum 1. April 1960 warten, da der Landkreis zunächst sein Soll bei der Unterbringung der „131er“, wie sie genannt wurden, zu erfüllen hatte.

Es bestand innerhalb der Verwaltung eine sehr gute kollegiale Zusammenarbeit mit den vertriebenen Kollegen. Der Kollege Johannes Weinert, ein Vertriebener aus Schlesien, war zuletzt in der Verwaltung als Vertreter des Oberkreisdirektors der zweithöchste Beamte. Aus Hagen ist mir ein Fall ungerechter Entscheidung bei einer Anstellung in einer Behörde bekannt: Ein vertriebener Gerichtsangestellter hatte 6 Kinder und bewarb sich um eine Stelle bei Gericht. Es wurde eine unverheiratete Frau eingestellt, weil die Behörde für den kinderreichen Vater Kindergeld, das es nur im öffentlichen Dienst gab, hätte zahlen müssen. Erst Monate später hatte er mit seiner Bewerbung Erfolg.

Vertriebene in örtlichen Vereinen

Das Vereinsleben in Hagen ruhte bis etwa 1947. In diesem Jahr fand das erste Schützenfest nach dem Krieg statt. Der Schützenkönig wurde mit einem Fußball ermittelt. Der aus Schlesien stammende Gerhard Stäbler, ein guter Fußballspieler in der Herrenmannschaft, errang die Würde des ersten Schützenkönigs nach dem Krieg. Er blieb nicht dauerhaft in Hagen. Der überwiegend von Vertriebenen gegründete Sportverein Hertha BSC Hagen wurde leider bereits 1950 aufgelöst.

Die jungen Männer aus den vertriebenen Familien schlossen sich fast alle den örtlichen Vereinen an. Sie spielten zusammen mit den Einheimischen Fußball, waren dabei nicht selten

die besseren Spieler. Sie beteiligten sich an Schützen- und Erntefesten sowie anderen dörflichen Veranstaltungen.

Dem Männerchor von 1896 gehörten einige Vertriebene als Mitglied an. Sie waren immer bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Umsiedlung in andere Bundesländer

Nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes gab es ab 1949 Programme zur Umsiedlung von Vertriebenen auf freiwilliger Basis, um die ungleichmäßige Belastung der einzelnen Bundesländer zu beheben. Niedersachsen gehörte neben Schleswig-Holstein zu den sehr stark belasteten Bundesländern mit einem Vertriebenenanteil von mehr als 30% der Bevölkerung. Der Landkreis Neustadt a. Rbge. richtete ein eigenes Sachgebiet für die Umsiedlungsaktion ein. Aus Hagen haben aber nur wenige Familien das Angebot einer Umsiedlung angenommen. In den 1950er Jahren siedelten ca. 40 Personen die in ein anderes Bundesland um, vorwiegend nach Nordrhein-Westfalen, wo sie bessere Arbeitsmöglichkeiten hatten. Die Verbindung zu Hagen haben viele von ihnen immer aufrechterhalten.

Neubau einer römisch-katholischen Kirche

Die seelsorgerische Betreuung der Vertriebenen römisch-katholischen Glaubens oblag seit 1946 dem in Mandelsloh wohnenden Pfarrer Georg Wengler (*1905, +1971). Pfarrer Wengler war selbst Vertriebener aus Glatz, ein beliebter und geschätzter Seelsorger, der in der Hilfe für Not leidende Menschen eine Herzensangelegenheit sah.

1963 wurde in Hagen mit dem Bau eines katholischen Gemeindezentrums begonnen. Gottes-



Katholische Kirchen Hagen in 2017 (Foto Weigang)

dienste fanden in dieser Zeit häufig in der “Fahrenden katholischen Kirche“ statt, wie ein umgebauter Omnibus genannt wurde.

Nachdem 1964 bereits als Teil des Gemeindezentrums ein Jugendheim bezugsfertig war, konnte 1965 die „Herz-Jesu-Kirche“ für die katholischen Gläubigen aus Borstel, Dudensen, Eilvese, Hagen, Mariensee und Nöpke eingeweiht werden. Pfarrer Georg Wengler hat sich damit auch für Hagen große Verdienste erworben.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die nach 1945 in Hagen untergebrachten vertriebenen Familien nach einer schwierigen Zeit hier eine neue Heimat gefunden haben und voll integriert sind, sodass heute kaum noch unterschiedliche Lebensgewohnheiten bestehen.